

Sitzung des Ausschusses „Bau, Wohnen, Verkehr und Umwelt“

vom 05. Juni 2018

Im Rahmen der Sitzung wurde zum einen über die Benennung des Weges zum Blockheizkraftwerk der Stadt- und Überlandwerke, gelegen an der Straße zwischen der Lübbenauer Chaussee und der Ortslage Klein Klessow“, diskutiert, wobei sich die Ausschussmitglieder mehrheitlich für die vom Ortsbeirat Groß Klessow vorgeschlagene Bezeichnung „Am Entsalzungsgraben“ ausgesprochen haben.

Zum anderen wurde die „Öffentliche Bekanntmachung der Absicht über die Teileinziehung von öffentlich gewidmeten Verkehrsflächen“ beraten. Die Stadtverwaltung Lübbenau/Spreewald beabsichtigt die Teileinziehung „Weg zum Wotschofskaweg“ im Abschnitt von nach der Zufahrt Schlossbezirk 6 bis zum Wanderweg nach Wotschofska für die Verkehrsarten Krafträder, Kraftwagen und sonstige mehrspurige Kraftfahrzeuge. Die Teileinziehung soll aus Gründen des öffentlichen Wohls erfolgen, da dem Verkehrsweg eine andere Verkehrsbedeutung zugeordnet ist, die Sicherheit und Ordnung des Verkehrs durch die Befahrung der Straße mit Kraftfahrzeugen nicht gewährleistet werden kann und die Sensibilität des Bereiches eine Vermeidung von motorisiertem Verkehr dringend gebietet. Eine weitere uneingeschränkte Befahrung des Weges würde aufgrund der örtlichen Verhältnisse, der Breite des Weges sowie des nicht Vorhandenseins von Parkraum oder einer Wendemöglichkeit zu einer Überbelastung des Weges und des im Weg befindlichen Durchlassbauwerkes führen. Im Ergebnis der Beratung empfehlen die Ausschussmitglieder der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lübbenau/Spreewald, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu folgen.

Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt der Ausschusssitzung war der vorgesehene Ausbau des Nahversorgungszentrums am Roten Platz. Hierzu standen drei Beschlussvorlagen auf der Tagesordnung:

- die Billigung und öffentliche Auslegung des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 01/1/17 "Nahversorgungszentrum Roter Platz",
- der 2. Städtebauliche Vertrag zum B-Plan 01/1/17 "Nahversorgungszentrum Roter Platz" sowie
- der Öffentlich-rechtliche Vertrag über die Ablösung notwendiger Stellplätze für das geplante Bauvorhaben von REWE am Roten Platz und zur Übernahme beitragsfähigen Aufwands für die Straßenbaumaßnahme Straße des Friedens im Bereich des Roten Platzes.

Die Vorlagen fanden die Zustimmung des Ausschusses.

Darüber hinaus wurde über die städtebauliche Entwicklung im Bereich der Straße „Alte Hütung“ diskutiert. Aufgrund der touristischen Erschließung (Bad, Hotel, Parkplatz) soll der betreffende Abschnitt zum Schutz des erhöhten Fußgängeraufkommens als verkehrsberuhigter Bereich ausgebaut werden. Durch die vorgesehene Beschlussfassung in der kommenden Stadtverordnetenversammlung soll der Wille der Stadt zum Ausdruck gebracht werden, den vorgesehenen Straßenausbau in den städtebaulichen Zusammenhang mit der Nutzung der angrenzenden Flächen durch den nichtmotorisierten Verkehr zu stellen, und damit eine Grundlage zur verkehrsrechtlichen Anordnung durch die Straßenverkehrsbehörde des Landkreises Oberspreewald-Lausitz geschaffen werden. Gegen die geplante Anordnung gab es keine Einwände.

Zudem wurde die Beschlussvorlage zur Lärmaktionsplanung 2017/18 für die Stadt Lübbenau/Spreewald beraten, welche aufgrund einer Verpflichtung aus dem Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) aufgestellt werden musste. Der Plan enthält Maßnahmen, die im zurückliegenden Arbeitsprozess seit etwa Mitte 2017 mit zwei Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligungen in die Unterlagen eingearbeitet worden sind. Die Verwaltung wies darauf hin, auf die Umsetzung der Maßnahmen insbesondere an den Autobahnen keinen Anspruch zu haben; das gilt sowohl für die Stadt als auch die Bürger. Im innerstädtischen Bereich, der von der Stadt weitestgehend freiwillig in den Plan einbezogen worden ist, können zugleich die effektivsten lärmindernden Effekte durch den kommunalen Straßenbau sowie in der Zukunft durch die Umsetzung des Niveaufreien Verkehrskonzeptes erreicht werden. Im Ergebnis der Diskussion zur Aktionsplanung empfahl der Ausschuss das Planwerk zur Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung als Handlungsgrundlage.

Zuletzt wurde im öffentlichen Sitzungsteil über die Genehmigung zur Errichtung und den Betrieb von zwei Windkraftanlagen im Gebiet Seese-West, über den aktuellen Stand für das Bauvorhaben Spielplatz Altstadt und über das Niederschlagswasserkonzept im Industrie- und Gewerbegebiet „Am Spreewalddreieck“ informiert.

Im Anschluss an den öffentlichen Sitzungsteil wurde noch der Grundstücksankauf in der Gemarkung Lübbenau, Flur 18, Teilfläche des Flurstücks 168 beraten (Bauvorhaben Bergstraße), wobei sich der Ausschuss mehrheitlich für den Ankauf ausgesprochen hat.